

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur zweiten Auflage	5
Vorwort zur ersten Auflage	6
Zusammenfassung	13
Einleitung	20
I Grundlagen: Ökonomische und ökologische Rahmenbedingungen des Umwelthaftungsrechts	20
II Anlaß und Zielsetzung der Studie	22
III Aufbau der Untersuchung und Lesehinweise	23
Teil A: Empirische Untersuchung bisheriger Schadensregulierungen im Umwelthaftungsrecht	25
I Falltypologien der bisherigen Schadensregulierungspraxis im Umwelthaftungsbereich	27
1 Empirische Grundlagen und methodische Hinweise zur Systematisierung der Fälle	27
1.1 Definitionen	27
1.2 Empirische Grundlagen	28
1.3 Argumentationsebenen in der Diskussion einer Reform des Umwelthaftungsrechts	31
1.4 Auswahlkriterien für die Darstellung und Interpretation der Fallgruppen	34
1.5 In den Fallgruppen nicht behandelte Anspruchsgrundlagen	36
2 Die Gefährdungshaftung des Wasserhaushaltsgesetzes	38
2.1 Ausgangslage	38
2.2 Fallgruppen: Gefährdungshaftung nach § 22 WHG - Darstellung und Interpretation	42
2.2.1 Fallgruppe 1: Zur Irrelevanz der Verschuldensfrage nach § 22 WHG	42

2.2.2	Fallgruppe 2: Keine Deckungsprobleme für Allmählichkeitsschäden	44
2.2.3	Fallgruppe 3: Kein Haftungsausschluß durch die Einhaltung genehmigter Grenzwerte	47
2.2.4	Fallgruppe 4: Haftung und Deckung für die Lagerung gefährlicher Stoffe gemäß § 22 II WHG	49
2.2.5	Fallgruppe 5: Keine Deckung für "Ökoschäden"- Zur Gefährlichkeit einer Anlage gemäß § 22 II WHG	52
2.2.6	Fallgruppe 6: Die zentrale Rolle des Kausalitätsnachweises	55
2.3	Zusammenfassung der Ergebnisse: Regulierungstatbestände und -defizite	56
3	Schadensregulierung in den Bereichen des Delikts- und Nachbarrechts	58
3.1	Ausgangslage	58
3.2	Fallgruppen Deliktsrecht: - Schadensregulierung mit vorwiegend deliktischer Anspruchsgrundlage	61
3.2.1	Fallgruppe 7: Deckung gemäß der Betriebshaftpflichtversicherung	61
3.2.2	Fallgruppe 8: Schadensregulierung bei Personenschäden	62
3.2.3	Fallgruppe 9: Haftungsausschluß durch Einhaltung der Grenzwerte	63
3.2.4	Fallgruppe 10: Schadensregulierung nach § 823 II BGB als Ausnahme	65
3.3	Fallgruppen Nachbarrecht: Schadensregulierung mit vorwiegend nachbarrechtlicher Anspruchsgrundlage	66
3.3.1	Fallgruppe 11: Zur Bedeutung von § 906 BGB für die Regelung von Schäden, die über den Umweltpfad verursacht wurden	66
3.3.2	Fallgruppe 12: Haftungsausdehnung durch Richterrecht - die analoge Anwendung von § 906 BGB	67
3.3.3	Fallgruppe 13: Hohe Schadenssummen durch "Altlasten"	68
3.4	Zusammenfassung der Ergebnisse: Regulierungstatbestände und -defizite	69

II	Maßnahmen zur Bewältigung des Umwelthaftungsrisikos: Eine Unternehmensbefragung im Bereich der chemischen Industrie	72
1	Gesprächsleitfaden und Auswahl der Firmen	72
2	Auswertung der Gespräche	76
2.1	Schadensfälle und Regulierungspraxis im Umwelthaftungsbereich: Erfahrungen und Erwartungen	76
2.2	Maßnahmen zur Risikovorsorge im Bereich der Anlagen, Produktion und Produkte	82
2.3	Maßnahmen zur Risikovorsorge im Bereich der Organisation	84
2.4	Maßnahmen zur Risikovorsorge im Bereich der Verfahrenabwicklung	84
3	Zusammenfassende Ergebnisse der Unternehmensbefragung	85
 Teil B: Ökonomische Analyse versicherungstheoretischer und -praktischer Aspekte einer Umwelthaftung		 88
I	Einführung	91
1	Ausgangslage und Zielsetzung	91
2	Die Gefährdungshaftung als sozial gerechte Verteilung erlaubter Risiken	92
II	Allokationstheoretische Untersuchung der Verschuldens- und Gefährdungshaftung	97
1	Vorgehensweise	97
2	Die Wahl des Sorgfaltsniveaus	100
3	Die Wahl des Aktivitätsniveaus	102
4	Zusammenfassung: Prävention, Aktivitätsniveau, Umweltbe- lastungen und Wohlfahrt	103

III	Zur Versicherbarkeit von Schäden aus dem genehmigten Normalbetrieb	107
1	Einführung	107
2	Zufälligkeit	108
3	Eindeutigkeit	111
4	Schätzbarkeit	113
5	Unabhängigkeit	116
6	Größe	116
7	Fazit	117
Teil C:	Reform des Umwelthaftungsrechts - eine synoptische Darstellung relevanter Positionen.	119
I	Einführung	121
II	Das Umwelthaftungsgesetz (UmweltHG)	123
III	Positionen zur Reform des Umwelthaftungsrechts	134
1	Die Position der Bundesfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)	134
2	Der Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Umweltschadensrechts (Umwelthaftungsgesetz/Umweltschadensfondsgesetz) von der Bundestagsfraktion DIE GRÜNEN	139
3	Die Stellungnahme des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI)	145
4	Die Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelstags (DIHT) vom September 1991	150
5	Die Stellungnahme des HUK-Verbandes	154
6	Die Position des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)	157
7	Die Position des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschlands (BUND)	159
IV	Ein zusammenfassender Vergleich	163

Literaturverzeichnis	166
Abkürzungsverzeichnis	171